

Beschluss der LDK Stade am 27.1.2007

Grünes Licht für gutes Klima

Aktionsprogramm Klimaschutz in Niedersachsen

Inhalt

- 1 EINLEITUNG
- 2 KLIMASCHUTZZIELE FÜR NIEDERSACHSEN
- 3 AKTIONSPROGRAMM: KLIMASCHUTZ NIEDERSACHSEN
- 4 RESSOURCENSCHONENDES WIRTSCHAFTEN MIT MEHR ENERGIEEFFIZIENZ UND MEHR ENERGIEEINSPARUNG
- 5 KLIMASCHUTZPOTENTIALE IM VERKEHRSBEREICH NUTZEN
- 6 KLIMASCHUTZ DURCH EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT
- 7 KLIMAWANDEL: ANPASSUNGSSTRATEGIEN FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT
- 8 KLIMAWANDEL: MEHR VORSORGE IM KÜSTENSCHUTZ!

1 EINLEITUNG

Der Klimawandel ist längst Realität: Diese Tatsache lässt sich nicht nur an extremen Wetterereignissen, wie dem Elbehochwasser des Jahres 2002, dem heißen Sommer 2003 oder der Hurrikan-Katastrophe des vergangenen Jahres in New Orleans ablesen.

Die sechs wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in Deutschland wurden in den vergangenen 10 Jahren gemessen.

Für 90% des Anstiegs der weltweiten CO₂-Emissionen seit 1960 sind insbesondere die Industrieländer verantwortlich, zunehmend die Schwellenländer. Die Folgen der Klimaveränderungen treffen aber am härtesten die Menschen in den ärmsten Ländern. Gerade sie, die den Klimawandel am allerwenigsten vorantreiben, sind dessen Hauptleidtragende. Zusätzlich sind die armen Länder des Südens am wenigsten in der Lage, entsprechende Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Faktoren und Prognosen offenbaren uns auf dramatische Weise den dringlichen Handlungsbedarf. Angesichts der drohenden verheerenden Schäden für die soziale und natürliche Umwelt liegt es in der vorrangigsten Verantwortung der Klimapolitik, unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen zu ergreifen.

Der von den **GRÜNEN** in der Zeit der Regierungsbeteiligung im Bund initiierte Einstieg in die Energiewende in Deutschland hat international viel Beachtung gefunden und gezeigt, dass ökologisches Engagement auch ökonomische Vorteile bietet. Heute sind im Sektor regenerative Energien über 170.000 Menschen beschäftigt, bis 2020 wird ein Anstieg der Arbeitsplätze auf 300.000 erwartet. Viele energiepolitische Maßnahmen haben jedoch bisher ihr Ziel noch nicht erreicht. Beispiele dafür sind das KWK-Gesetz¹ oder die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie. Zudem zeigt sich immer deutlicher, dass wir neben technischen Innovationen, Anreizpolitik und ordnungspolitischen Maßnahmen das Thema Suffizienz² und Lebensstilfragen ganz oben auf die Tagesordnung setzen müssen. Alle Erfolge bei der technischen Effizienzsteigerung werden in Frage gestellt, wenn Effizienzverbesserungen durch Verbrauchssteigerungen an anderen Stellen in Frage gestellt werden.

Staatliche Anreizpolitik muss dafür sorgen, dass ökologisch sinnvolles Verhalten auch ökonomische Vorteile bietet. Weniger Energieverbrauch durch technische Innovation und bewusst handelnde Verbraucher kann einen Beitrag zum Klimaschutz bewirken.

Dafür muss Politik Transparenz schaffen und Verbraucherrechte sowie Verbraucherberatung stärken.

¹ KWK: Kraft-Wärme-Kopplung

² Wikipedia: Suffizienz meint: Erhaltung durch Enthaltung! Diese Aussage impliziert, dass sich jeder Konsument täglich selbst kritisch hinterfragen muss, was er wirklich zum Leben benötigt. Bürger aus Industrieländern müssen sich in diesem Zusammenhang mit der Bedeutung von Grundbedürfnissen und (unnötigen, nicht-nachhaltigen) Wohlstand (Luxusgüter, Prestigeobjekte etc.) auseinandersetzen.

Atomkraft – Keine Alternative!

Die Nutzung und der Ausbau der Atomenergie als ein vermeintlich positiver Faktor zur Abwendung einer Klimakatastrophe sind unverantwortlich. Die von Wulff und der FDP geschürte Diskussion um längere Laufzeiten veralteter Reaktoren dient nur den Interessen weniger Energiekonzerne, verhindert eine zukunftsgerichtete Energiepolitik die von den Bürgern getragen wird, bedeutet mehr Atommüll und ein steigendes Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung. Auch Länder mit hohem Atomenergieanteil in Sachen CO₂ keineswegs besser da als vergleichbare Industriestaaten. Zum Teil deutlich schlechter. Die Werte in den USA, Frankreich und Südkorea bestätigen das. Die Menge des CO₂-Ausstoßes entsteht zu einem Drittel durch die Stromproduktion, zu einem Drittel durch die Wärmeproduktion und zu einem weiteren Drittel durch den Verkehr.

2 KLIMASCHUTZZIELE FÜR NIEDERSACHSEN

Wir brauchen internationale Zusammenarbeit und global verbindliche Ziele zum Klimaschutz. Mit der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sowie mit dem G8-Vorsitz sitzt Deutschland an den Schalthebeln der zentralen internationalen Diskussionen.

Wir dürfen aber nicht allein auf nationales und internationales Engagement vertrauen. Subsidiarität im wohlverstandenen Sinne nimmt die Bundesländer, die Landkreise und die Gemeinden in die Pflicht. Deshalb muss Niedersachsen ebenfalls mittel- und langfristige Klimaschutzziele festlegen.

REDUKTIONSVERPFLICHTUNG FÜR NIEDERSACHSEN:

Niedersachsen verpflichtet sich, nachfolgende Ziele zu erreichen und seine Politik konsequent auf die Erreichung dieser Ziele auszurichten:

1. **40%** Verminderung der Treibhausgasemissionen bis **2020** und **80 %** Verminderung der Treibhausgasemissionen bis **2050**.
2. Der jetzige Energieverbrauch muss bis **2050** halbiert werden. Deshalb die konsequente Fortführung der drei E's: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien im Rahmen einer Landesinitiative.
3. die Landesregierung soll ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und die CO₂-Emissionen in ihrem Geschäftsbereich um **30** Prozent bis **2013** gegenüber 1990 senken.

3 AKTIONSPROGRAMM: KLIMASCHUTZ IN NIEDERSACHSEN

Wir sind überzeugt, dass der Ausstieg möglich ist. Niedersachsen braucht daher ein **Landesenergieprogramm**. Das Landesenergieprogramm wird die niedersächsischen Handlungsmöglichkeiten zum Umbau der Energieversorgung weg von fossilen Energieträgern und Atomkraft durch erhöhte Energieeffizienz, Energiesparen und gesteigerten Einsatz regenerativer Energien beinhalten.

Klima-Innovations-Fonds schaffen

*Der gesamte regenerative Energiesektor, aber insbesondere auch der Aspekt des ressourcenleichten Wirtschaftens sind die Innovations- und Wachstumsmärkte der Zukunft. Ansätze dazu finden sich bereits in vielen Universitäten und Unternehmen. Bisher fehlt jedoch die entschlossene Schwerpunktsetzung durch die Landespolitik. **WIR** wollen der niedersächsischen Wirtschaft – insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen – finanzielle Anreize zu Investitionen in den Klimaschutz bieten und Klimaschutzforschung durch Kooperationen von Wirtschaft und Hochschulen stärker unterstützen.*

Wir wollen daher, dass durch eine Neukonzeption der Wirtschaftsförderung in Niedersachsen zukünftig durch Umschichtungen Landesmittel in erheblichem Umfang für klimarelevante Maßnahmen eingesetzt werden. Insgesamt könnten durch Haushaltsumschichtungen in den kommenden fünf Jahren Landesgelder in einem Umfang von **150 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen** zur Verfügung gestellt werden und zukunftstaugliche Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Die kommende EU-Förderperiode ab 2007 mit einem jährlichen Fördervolumen von über 300 Mio. Euro allein für Niedersachsen bietet darüber hinaus die große Chance, durch Bündelung dieser Mittel zusammen mit einer entsprechenden Schwerpunktsetzung der Wirtschafts- und Bildungspolitik des Landes gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft in Niedersachsen große Schritte auf diesem Weg voranzukommen.

Klimaschutzagentur gründen

Projekte und Initiativen müssen im Rahmen eines Handlungsprogramms gebündelt, umgesetzt und fachlich unabhängig begleitet werden.

Wir wollen daher, dass in Zusammenarbeit mit Verbraucherinitiativen, Umweltverbänden, dem 3N Netzwerk Nachwachsende Rohstoffe, dem NEFZ (Nds. Energie-Forschungszentrum) und der niedersächsischen Wirtschaft sowie der N-Bank eine Klimaschutzagentur eingerichtet wird. Die Agentur bietet eine strategische Plattform mit breiter Kompetenz im Energiebereich.

4 RESSOURCENSCHONENDES WIRTSCHAFTEN MIT MEHR ENERGIEEFFIZIENZ UND MEHR ENERGIEEINSPARUNG

Niedersachsen muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen, damit es sich dauerhaft international Wettbewerbsvorteile erarbeitet und Energie effizienter und damit langfristig kostengünstiger nutzbar machen kann. Niedersachsen soll das Energiesparland Nr. 1 werden. Den Treibhausgasausstoß bis 2050 um 80 % zu mindern, ist technisch möglich und volkswirtschaftlich tragfähig. Für das Erreichen des Zwischenziels, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40 % gegenüber 1990 zu vermindern, existieren kostengünstige Maßnahmen ohne wirtschaftliche Mehrkosten.

Im Rahmen der Klimaschutzstrategie im Bereich Energieeinsparung und Energieeffizienz sind folgende Projekte zu realisieren:

Die Verringerung des Energieverbrauchs in den landeseigenen Gebäuden um 20% innerhalb von 5 Jahren. Dabei sollten auch Finanzierungskonzepte wie Contracting und Intracting genutzt werden, die es ermöglichen, die eingesetzten Investitionsmittel durch vermiedene Energiekosten zu tilgen. Bei Neubauten muss das Passivhaus künftig Standard werden.

- Realisierung und Initiierung von Best-Practice-Maßnahmen bei Neubauten und in der energetischen Sanierung von Altbauten im Rahmen einer Landesinitiative.
- Ersatz bestehender Großkraftwerke vorzugsweise durch Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerke und Einsatz von Least-Cost-Planning (*LCP: steht für ein Konzept, das die möglichst rationelle Erzeugung und Verwendung von Energie anstrebt.*). Die kostenlose Bereitstellung von „Verschmutzungsrechten“ für neue Kohlekraftwerke und andere Großkraftwerke ist abzulehnen. Verschmutzungsrechte sind in künftig steigenden Raten zu versteigern. Die in Niedersachsen geplanten Kohlekraftwerke lehnen wir ab.
- Für die Städte und Landkreise soll seitens des Landes ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, der die innovativsten Ideen zur Reduzierung des Energieverbrauchs im kommunalen Bereich prämiert. Kommunen sollen mehr finanzpolitischen Handlungsspielraum erhalten, um in ihrem Gebäudebestand in Energiesparmaßnahmen investieren zu können. Dies gilt insbesondere für die Genehmigung von Kreditaufnahmen zur Finanzierung solcher Investitionen.
- Über die Wirtschaftsförderung der Kommunen soll für die Betriebe den Einstieg in ein Umwelt-Audit wie ÖKOPROFIT starten
- Energieeffizienz und Einsparung (erneuerbare Energien) müssen als Thema in allen Bildungsprozessen und Lehrplänen verankert werden.

Niedersachsen als Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien

Die fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas haben zwei wesentliche Nachteile: sie sind nicht unendlich verfügbar und ihre Verbrennung erzeugt klimaschädliche Emissionen - mit erheblichen Folgeschäden und -kosten. Auch Uran ist endlich. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist darum nicht nur sinnvoll, sondern gesamtwirtschaftlich auch vorteilhaft.

Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Wind, Sonne, Wasserkraft, Erdwärme und Biomasse muss Vorrang haben vor den fossilen Energien und der Atomkraft.

Deshalb muss Niedersachsen bei der gesamten Palette der Erneuerbaren Energien eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen, dass Niedersachsen zum führenden Standort in der Erforschung regenerativer Energietechnik und Energiekonzepte wird. Wir wollen, dass unser Bundesland einen Spitzenplatz beim Export von effizienter Energietechnik einnimmt.

Im Rahmen der Klimaschutzstrategie im Bereich Erneuerbare Energien sind folgende Maßnahmen und Projekte zu realisieren:

- Niedersachsen ist mit Schleswig-Holstein das Windland in Deutschland. Die Potentiale der Windenergie müssen konsequent genutzt werden. Repowering, der Ersatz veralteter Anlagen durch leistungsfähige neue Anlagen, muss erleichtert werden; für die Netzanbindung zukünftiger Offshore-Windparks ist ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.
- Niedersachsen gehört bei der Solarenergienutzung zu den Schlusslichtern, deshalb fordern wir eine Solaroffensive für Niedersachsen: z.B. sind Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindergärten sowie sämtliche öffentliche Schwimmbäder geeignete Standorte, um die Nutzung der Solarthermie und Photovoltaik in Niedersachsen voranzubringen.
- die Potenziale der Erzeugung von Bioenergie in Niedersachsen mit möglichen Arbeitsplatzeffekten müssen erfasst werden. Ein Gesamtkonzept für die Entwicklung und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung unter Beachtung von ökologischen und naturschutzfachlichen Belangen muss erarbeitet werden, dabei ist sicherzustellen, dass ein großflächiger Maisanbau unterbunden und vielfältiger Pflanzenwuchs garantiert wird. Der Bau von Anlagen zur Reinigung und Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz ist zu unterstützen. Wir streben an, dass bei der Neueinrichtung von Biogasanlagen zukünftig auch die Wärmeabnahme sichergestellt wird.
- Informationen und Beratung für den gesamten Bereich der Bioenergie (Beispiel: Aufbau einer Beratungsförderung "Bioenergiedörfer", damit das Beispiel "Bioenergiedorf Jühnde" in Niedersachsen zahlreiche Nachahmer findet).
- die Beseitigung von Hemmnissen für den Einsatz von Wind-, Wasser-, Solar- und Bioenergie. Das Stromnetz muss angepasst und Speichertechnologien endlich anwendungsreif werden.
- die Forschung und Entwicklung von Technologien zur Speicherung erneuerbarer Energien wie insbesondere die Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie sollen durch die Bündelung von Forschungsfördermitteln des Landes, des Bundes, der europäischen Union und unter Beteiligung der jeweiligen Unternehmen vorangetrieben werden.
- Geothermie muss als klimafreundliche Energie für die praktische Nutzung gefördert werden.
- Regionale dezentrale Energieversorgungsprojekte müssen vorrangig gefördert werden.

5 KLIMASCHUTZPOTENTIALE IM VERKEHRSBEREICH NUTZEN

Es ist undenkbar, Klimaschutz ohne Berücksichtigung des Verkehrswesens anzugehen. In den EU-25 ist der CO₂-Ausstoß des Verkehrs seit 1990 um 30 Prozent gestiegen, während er in allen anderen Sektoren (Energie, Haushalt, Industrie, Gewerbe) gesunken ist. Besonders dramatisch sind die Wachstumsraten im Luftverkehr und in der Seeschifffahrt. Hält der aktuelle Trend an, werden die CO₂-Emissionen beispielsweise des Luftverkehrs bis 2012, dem Zieldatum des Kyoto-Protokolls, gegenüber 1990 um 150 Prozent gestiegen sein. Vielfältige Maßnahmen und Instrumente könnten aber die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors deutlich vermindern. Niedersachsen ist stark im Fahrzeugbau. Und viele Zulieferer haben ihren Firmensitz in Niedersachsen. Wir wollen deshalb, dass das effizienteste, sparsamste und umweltfreundlichste Automobil der Welt in Niedersachsen entwickelt und gebaut wird.

Im Rahmen der Klimaschutzstrategie im Bereich Verkehr sind folgende Maßnahmen und Projekte zu realisieren:

- für Fahrzeugparks des Landes nur noch Fahrzeuge anzuschaffen, die bei der Autoumweltliste des VCD (Verkehrsclub Deutschland) zu den Besten drei ihrer Klasse gehören.
- Dienstfahrzeuge wo möglich durch Carsharing-Modelle zu ersetzen.
- Die Aktivitäten zum Ausbau eines Kompetenzzentrums Brennstoffzelle müssen verstärkt werden und eine bundes- und europaweit abgestimmte Strategie angestrebt werden. Brennstoffzellen sind Schlüsseltechnologien, die die künftige Energieversorgung grundlegend verändern können.
- in enger Kooperation zwischen Fahrzeugindustrie, Wissenschaft, Maschinenbauindustrie und Landwirtschaft sind Produktionsketten für effiziente Biokraftstoffe zu fördern.
- effiziente und verlässliche Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, um eine möglichst hohe CO₂-Minderung durch vermiedenen motorisierten Individualverkehr zu erreichen.
- landespolitischer Einsatz für einen verbindlich vorgeschriebenen sinkenden Flottenverbrauch für Automobilhersteller, damit es künftig wirklich konkurrenzfähige 3-Liter-, 2-Liter- und 1-Liter-Autos aus Niedersachsen gibt.
- eine Optimierung der Raumordnungs- und Bauleitplanung unter dem Gesichtspunkt der Verkehrsvermeidung und der Nutzung regenerativer Energien.

6 KLIMASCHUTZ DURCH EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft hat mit 7% in Deutschland einen erheblichen Anteil an den gesamten Treibhausgasemissionen. Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid (Lachgas) und das indirekt wirkende Ammoniak entstehen hauptsächlich in der Tierhaltung, bei der Düngung und durch den hohen Energieeinsatz einer intensiven Landwirtschaft. Deshalb muss der Ökolandbau

gestärkt werden, da er deutlich weniger Energie verbraucht und weniger Treibhausgase emittiert als die konventionelle Landwirtschaft. Zusätzlich stammen 8,5% aller klimaschädigenden Gase in Niedersachsen aus entwässerten Mooren durch Humuszehrung.

Im Rahmen der Klimaschutzstrategie im Bereich der Landwirtschaft sind folgende Maßnahmen und Projekte zu realisieren:

- Die massive Ausweitung des Biolandbaus muss in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. Dazu ist die gesamte ökologische Lebensmittelwirtschaft wieder stärker zu fördern. Die Nachfrageseite wollen wir mit Verbraucherprojekten wie „**BIO is(s)t gut**“ stabilisieren und entwickeln.
- In der konventionellen Landwirtschaft muss das gesamte agrarpolitische Instrumentarium einschließlich Beratung und Ausbildung konsequent auf eine Ökologisierung ausgerichtet werden. Das betrifft insbesondere die Optimierung der Düngung.
- Entwässerte Moore produzieren annähernd die gleiche Menge klimaschädlicher Gase wie aufgrund des Einsatzes erneuerbarer Energien in Niedersachsen vermieden wird. Wir fordern daher die gezielte Wiedervernässung von Hoch- und Niedermooren als Beitrag zum Klimaschutz.
- Die Möglichkeiten der Landwirtschaft zur Erzeugung und zum Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen und von Biomasse für Bioenergie sind zu verbessern. Dabei ist eine nachhaltige Produktion wie bei Lebensmitteln sicherzustellen.

7 KLIMAWANDEL: ANPASSUNGSSTRATEGIEN FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Wenn im Laufe dieses Jahrhunderts extreme Sommer wie der des Jahres 2003 der Normalfall werden, ist das für viele Menschen unmittelbar Existenz bedrohend. Vegetationszonen verschieben sich, die Artenzusammensetzung wird sich verändern. Nicht nur die Eisbären der Arktis werden aussterben; auch bei uns ist schon heute eine erhebliche Verschiebung und Verarmung des Tier- und Pflanzen- Artenspektrums erkennbar. Drastische Ernteverluste werden auch durch zunehmende Wetterextreme, wie Trockenheit und Stürme eintreten.

Im Rahmen der Klimaschutzanpassungsstrategien (Land- und Forstwirtschaft) sind folgende Maßnahmen und Projekte zu realisieren:

- Mit gezielter Forschung und Entwicklung in der Land- und Forstwirtschaft müssen Anpassungsprojekte initiiert und gefördert werden. Dazu gehören z.B. eine standortangepasste Pflanzenzucht statt globaler Einheitssorten, die Entwicklung ökologisch optimierter Bewässerungssysteme und die ökologische Vermeidung und Bekämpfung neuer Pflanzen- und Tierkrankheiten.
- In der Forstwirtschaft sind frühzeitig Entwicklungspläne zu erarbeiten, die den Klimawandel berücksichtigen, z.B. den regelmäßig zu erwartenden trockeneren Sommern Rechnung tragen.

8 KLIMAWANDEL: MEHR VORSORGE IM KÜSTENSCHUTZ!

Die Gefahren aufgrund des Meeresspiegelanstiegs und der in Intensität und Häufigkeit zunehmenden Sturmfluten müssen endlich ernst genommen werden. Küstenschutz in seiner bisherigen Form ist zum Scheitern verurteilt, wenn eintritt, was der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem im Frühjahr vorgelegten Gutachten für möglich hält: Ein bereits für das kommende Jahrhundert prognostizierter Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 2 Metern wird den Küstenschutz vor kaum lösbare Probleme stellen. Ein Anstieg des Meeresspiegels bedeutet für große Teile Niedersachsens „Land unter“.

Die bisherige Politik der Bundesregierung und der norddeutschen Landesregierungen, die Flussmündungen immer weiter zu vertiefen, erhöht die Risiken.

Im Rahmen der Klimaschutzanpassungsstrategien sind folgende Maßnahmen und Projekte zu realisieren:

Die Planungen zur Vertiefung der Unterelbe, der Außenems, sowie von Unter- und Außenweser müssen gestoppt werden.

- Alternative Methoden im Küstenschutz, etwa andere Formen des Deichbaus, der Ausbau zweiter Deichlinien oder die Schaffung von Hochwasserpoldern in Flussmündungen müssen Einzug in die Praxis finden.
- die europaweiten Strategien eines integrierten Küstenzonenmanagements, in dem die unterschiedlichen ökonomischen und ökologischen Anforderungen mit dem notwendigen Küstenschutz auf breiter gesellschaftlicher Basis abgestimmt werden, müssen auch in Niedersachsen vorangetrieben werden.

AUF ALLEN POLITISCHEN EBENEN, IN EUROPA, IM BUND, IM LAND UND IN DEN KOMMUNEN, MUSS KLIMASCHUTZPOLITIK GANZ OBEN AUF DER AGENDA STEHEN. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN TRETEN FÜR EINE POLITIK WEG VON KLIMAKILLERN UND NUKLEAREN RISIKEN EIN. WIR WOLLEN EINE HOCHEFFIZIENTE WIRTSCHAFT UND MOBILITÄT BASIEREND AUF ENERGIEEINSPARUNG, HOHER ENERGIEEFFIZIENZ UND ERNEUERBAREN ENERGIEN.